

Der Grosse Rat Le Grand Conseil
des Kantons Bern du canton de Berne

Dienstag (Nachmittag), 14. September 2021 / Mardi après-midi, 14 septembre 2021

Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion /
Direction de la santé, des affaires sociales et de l'intégration

59 2018.GEF.1607 Kreditgeschäft GR
Spitalzentrum Biel AG: Spitalneubau. Objektkredit

59 2018.GEF.1607 Affaire de crédit GC
Centre hospitalier Bienne SA : construction d'un nouvel hôpital. Crédit d'objet

Vizepräsident. *(Der Vizepräsident läutet die Glocke. / Le vice-président agite sa cloche.)* Unten bei einem Restaurant habe ich gelesen: «Heute ist ein besonderer Tag!» Ich denke, es ist ein solcher, wenn man so schöne Herbsttage geniessen und vielleicht noch draussen essen kann.

Dann machen wir jetzt weiter. Ich habe noch eine kleine Bemerkung: Der GSI-Direktor muss um 15 Uhr gehen, er hat danach einen Termin. Wir wären froh, wenn wir davor mit dieser Direktion durchkämen. Ja, manchmal geht es lang ... *(Heiterkeit / Hilarité)* *(Der GSI-Direktor sagt, dass er bis um 16 Uhr Zeit habe. / Le directeur de la DSSI dit qu'il est disponible jusqu'à 16 heures.)* Wir haben bis um 16 Uhr Zeit, aber wir sind etwas im Rückstand und wollen vorher fertig sein.

Vor dem Mittag haben wir über die Spitallandschaft gesprochen oder referiert. Jetzt wird es konkreter, wir kommen zu einem spezifischen Spital. Es handelt sich um ein Kreditgeschäft der GSoK. Die Debatte ist frei; es besteht ein fakultatives Finanzreferendum.

Antrag Köppli, Wohlen b. Bern (glp)

Der Kredit wird unter der Auflage gesprochen, dass der Beitrag des Kantons mit der Spitalzentrum Biel AG vertraglich als festes Kostendach verankert wird, welches auch im Falle einer Kostenüberschreitung beim Projekt nicht erhöht werden kann.

Proposition Köppli, Wohlen b. Bern (pvl)

Le crédit est accordé à condition que la contribution du canton soit définie dans un contrat avec le Centre hospitalier Bienne (CHB SA) comme plafond de dépenses fixe ne pouvant pas être augmenté même si les coûts du projet sont dépassés

Margrit Junker Burkhard, Lyss (SP), GSoK-Sprecherin. Bereits im Jahr 2011 hat der Grosse Rat für die bauliche Gesamterneuerung des Spitalzentrums Biel (SZB) 78 Mio. Franken aus dem Fonds für die Spitalinvestitionen bewilligt bzw. zurückgestellt. In der Zwischenzeit – unter der neuen Führung des SZB wie auch der GSI-Direktion – hat sich herausgestellt, dass ein Standortwechsel mit einem Neubau für den Betrieb und die Region bedarfsgerechter und nachhaltiger ist als die geplante Teilsanierung am Standort Vogelsang. Die 78 Mio. Franken sollen deshalb zugunsten des Neubaus umgewidmet werden. Das Eintreten in der Kommission war unbestritten. Es fanden mehrere Hearings und Infoveranstaltungen statt, und die Fragen konnten sowohl von der GSI wie auch von der Leitung des SZB schlüssig beantwortet werden.

Deshalb unterstützt die GSoK einstimmig, dass die finanziellen Mittel sinnvoller in einem Neubau in Brugg investiert werden. Dafür sprechen schon nur die Anfahrtswege und die Labyrinth-ähnlichen Gebäulichkeiten am bisherigen Standort. Die GSoK hat diesen Objektkredit einstimmig zuhanden des Grossen Rates verabschiedet und beantragt Ihnen die Zustimmung.

Ich gebe auch gerade die Meinung zum Antrag Köppli bekannt. *(Kurze Unterbrechung infolge eines technischen Problems. / Courte interruption suite à un problème technique.)* Diese verlangt, dass das ausdrücklich eine einmalige Auslage sein wird. Das heisst in seinen Augen, dass das klar fest-

gehalten werden muss. Die GSoK fand eigentlich mehrheitlich in der Diskussion, dass das ja bereits so sei. Es ist so im Geschäft. Der Regierungsrat hat das mehrmals betont. Eigentlich ist dieser Antrag obsolet. Aber schaden tut er auch nicht. Deshalb hat eine Mehrheit von 7 Ja- gegen 5 Nein-Stimmen diesem Antrag zugestimmt.

Vizepräsident. Es ist inzwischen etwas besser, aber ich bitte Sie: Für diejenigen, die reden, ist es angenehmer, wenn sie sich hören, als wenn es so laut ist. Dann gebe ich dem Antragsteller Köpfli das Wort.

Michael Köpfli, Wohlen b. Bern (glp), Antragsteller. Wie die Kommissionssprecherin schon gesagt hat, verlange ich mit meinem Antrag, dass der Kredit für das SZB unter der Auflage gesprochen wird, dass der Beitrag des Kantons vertraglich als festes Kostendach mit der SZB AG vereinbart wird und er auch im Falle einer Kostenüberschreitung beim Projekt nicht erhöht werden darf.

Mir ist klar, dass das heute so geplant ist, aber es ist nicht ein fixer Anteil des heutigen Beschlusses, und ich finde es wichtig, dass wir das als Grosser Rat heute explizit so beschliessen, und dies aus zwei Gründen: Zunächst wissen wir alle, wie das bei so grossen Bauprojekten oft ist. Man spricht den Kredit im Parlament, und danach kommt es einfach sehr oft sehr viel teurer und nicht selten gibt es dann einfach irgendwie einen Zusatz- oder einem Nachkredit, oder es kommen Vorstösse aus den Reihen des Parlaments, die sagen, das sei jetzt halt schwierig gewesen, aber es brauche doch nochmals mehr Geld. Ich bin überzeugt, dass der Grosse Rat das heute unmissverständlich und klar ausschliessen und damit schon vor Projektbeginn klarmachen soll, dass im Falle einer Kostenüberschreitung während des Projekts, das ja in mehrere Etappen gegliedert ist, die SZB AG Kostenoptimierungsmassnahmen beschliessen muss oder von mir aus auch eine andere Finanzierungsquelle findet und nicht einfach weiterbaut, Kostenüberschreitung macht und darauf zählen kann, dass am Schluss die öffentliche Hand dann trotzdem zahlen wird.

Das Zweite ist: Wir wissen alle, dass dieser Kredit eigentlich nicht im Sinne des Erfinders oder eben des Gesetzgebers – des Grossen Rates – ist. Der Grosse Rat hat 2011 dieses Geld für eine Sanierung eines bestehenden Spitals noch in der Logik des alten Systems gesprochen und nicht für den Neubau. Seit dem Systemwechsel in der Spitalpolitik, der jetzt doch schon 10 Jahre her ist, ist es eigentlich nicht mehr die Idee, dass wir hier in diesem Saal Objektkredite für Bauten von neuen Spitälern sprechen. Vielmehr sollte das über die Tarife finanziert werden. Es ist mir bewusst – das haben wir in der Debatte vorher sehr lange diskutiert –, dass die Tarife vielleicht nicht immer ausreichend sind. Aber die Lösung kann dann nicht sein, dass man anfängt, bei einzelnen Projekten Geld in Spitalbauten oder Sanierungen einzuschiessen. Das System müsste dann grundsätzlich angepasst werden. Nur dann haben wir einen fairen Wettbewerb und eine Gleichbehandlung aller Listenspitäler, unabhängig davon, ob diese in einer öffentlichen oder privaten Trägerschaft sind. Ich glaube, das ist allgemein etwas, das mir heute aufgefallen ist: Man muss sich ein wenig darauf einigen, ob man von öffentlichen und privaten Spitälern spricht, oder nicht vielmehr die Logik des heutigen Systems anwenden sollte, gemäss der es eigentlich Listenspitäler gibt, die einen Auftrag haben, oder private Spitäler ohne Auftrag.

Deshalb ist mir klar, dass wir den Beschluss heute so fassen sollten, weil es mich auch überzeugt, dass der Neubau gesundheitspolitisch und auch wirtschaftlich sinnvoller ist als die Sanierung des alten Spitals. Ich will deshalb auch nicht Paragraphenreiter sein und diesen Neubau irgendwie verhindern. Das ist nicht meine Intention. Ich unterstütze diesen Kredit. Ich möchte einfach klarmachen, dass wir das Geld ganz klar darauf beschränken, was man nach dem alten System eigentlich für die Sanierung beschlossen hat, und jetzt kein Präjudiz dafür schafft, in Zukunft bei weiteren Sanierungen oder Neubauten wieder vom System abzuweichen und weitere Objektkredite an Spitäler spricht.

Und unter dem Strich ist es so: Wenn alles so läuft wie geplant, dann ist mein Antrag, wie die Kommissionssprecherin gesagt hat, tatsächlich obsolet. Aber dann macht er niemandem weh, weder dem Kanton noch der SZB AG. Wenn es aber zu Kostenüberschreitungen kommt, dann herrscht eben von Anfang an Klarheit – sowohl für das Spitalzentrum wie auch für den Kanton. Es ist dann klar: Vom Kanton kommt nicht mehr Geld, und das SZB muss entweder Kostenoptimierungen im

Projekt vollziehen oder eine andere Finanzierung finden. In diesem Sinne danke ich für die Unterstützung meines Antrags.

Vizepräsident. Die Fraktionen haben das Wort; ich bitte Sie, sich einzutragen.

Barbara Mühlheim, Bern (glp), Fraktionssprecherin. Wer sich schon länger mit Gesundheitspolitik befasst und nicht zuletzt das Spitalversorgungsgesetz (SpVG) mitverantworten durfte, hat schon ein paar Geschäftsleitende von Spitalausschüssen gesehen. Er hat schon einige Verwaltungsratspräsidenten von Spitälern gesehen und war doch angenehm überrascht, als die zuständigen Leute aus dem Spital in Biel, über das wir hier jetzt diskutieren – Herr Schneider und der zuständige Präsident des Ausschusses – für uns eine absolut andere Falle gemacht haben. Ein geschäftsleitender Vorsitzender, der sagt: «Wir haben eine schwierige Situation im ambulanten Bereich, aber wir kommen mit diesem Taxpunktwert von 86 Rappen aus.»

Wir sind daran, eine neue Perspektive für unsere Spitäler aufzutun; dafür brauchen wir aber einen Neubau, damit das Spital, von dem ich nach der ganzen Diskussion, die wir vorher hatten, denke... – die uns die Zukunft der Spitäler aufzeigt. Sie müssen kleiner sein. Sie müssen in diesem Sinne weniger Betten aufweisen können, weil wir viel mehr Verschiebungen haben vom stationären in den ambulanten Bereich. Sie müssen mit Leuten bestückt sein, welche die Verantwortung übernehmen und auch längst verstanden haben, dass man im ambulanten Spitalbereich nicht im Spital arbeiten kann, sondern dass es ein separates Ambulatorium braucht, weil sonst die Gesamtkosten des Spitals die Preisgestaltung zu stark beeinflussen. Wir haben mit diesem Spital genau diese Optionen. Es ist damit auch ein Zeichen der Zeit, dass ein Spital vorangeht, vielleicht ja auch in einer grösseren Region noch ein Zeichen setzt, weil es neu ja gemäss dessen, was wir vorhin diskutiert haben, im ganzen Seeland von Biel bis nach Moutier ein Zeichen setzen soll. Wir sind froh, dass auch unser Regierungsrat zur richtigen Zeit geholfen hat, zu bremsen, damit wir nicht noch einmal fast 80 Mio. Franken für etwas ausgeben, das keine Zukunft hat.

In diesem Sinne und weil es uns insbesondere wichtig ist, für die ganze Spitallandschaft Biel-Seeland mit dem neuen Spital ein Zeichen zu setzen, und weil wir davon überzeugt sind, dass es gut geführt und geleitet ist – sowohl operativ als auch strategisch –, sind wir gerne bereit, hier als Ausnahme, wie es gesagt wurde, die notwendigen 80 Mio. Franken noch einmal zu sprechen, damit das Spital – auch wenn es jetzt noch nicht so die besten Zahlen hat – in Zukunft funktionieren kann. Vielleicht hat es in ein paar Jahren den Lead im Kanton Bern und kann nicht zuletzt ein Zeichen setzen für eine Spitallandschaft, die sich an der Zukunft und nicht an der Vergangenheit orientiert. Man kann ein Zeichen setzen für ein Spital, das nicht wie ein Mäuschen vor der Schlange sitzt und hofft und betet, dass es besser wird, sondern das die wesentlichen Fragen der Zeit erkannt hat und diese im neuen Konzept adaptiert.

Samantha Dunning, Biel/Bienne (PS), porte-parole de groupe. Le groupe socialiste PS-JS-PSA vous recommande d'accepter le crédit de 78 millions de francs pour la construction d'un nouvel hôpital pour le Centre hospitalier de Bienne (CHB) à Brugg.

En effet, nous sommes convaincus qu'il est plus opportun et plus durable de miser sur une nouvelle construction plutôt qu'une rénovation du Centre hospitalier actuel. Vous avez peut-être assisté à l'une des présentations du CHB et avez pu entendre que la structure des bâtiments actuels s'apparente à un vrai labyrinthe pour le personnel soignant et pour les visiteurs. De plus, le projet de rénovation ayant pris du retard, il faudra maintenant rénover des services supplémentaires. Et enfin, l'emplacement du Centre hospitalier dans un quartier résidentiel et difficilement accessible n'est pas adéquat et le terrain prévu à Brugg est beaucoup plus propice pour un centre hospitalier. Pour le groupe socialiste, dire « oui » au crédit pour la construction d'un nouvel hôpital, c'est aussi dire « oui » à des infrastructures optimales pour aborder les défis du futur paysage hospitalier, notamment le virage ambulatoire puisque le nouveau bâtiment est dimensionné et planifié dans cette vision. Le CHB entend d'ailleurs renforcer le travail en réseau avec d'autres partenaires.

Enfin, concernant la déclaration de la planification de Köpfli : le groupe socialiste la juge totalement inutile. Nous rappelons que les 78 millions de francs prévus pour le crédit correspondent au finan-

cement accordé en 2011 en faveur de la rénovation du CHB qui n'a pas encore été utilisé. Il n'y a pas un centime de plus et il n'est également pas prévu que des contributions supplémentaires soient attribuées. En conséquence, le groupe socialiste refusera cet amendement.

En résumé, le groupe socialiste vous recommande d'accepter le crédit de 78 millions de francs en faveur du CHB tel quel et se réjouit de la construction de ce nouvel hôpital qui correspondra mieux aux défis actuels et aux besoins de la région biennoise.

Anita Herren-Brauen, Rosshäusern (Die Mitte), Fraktionssprecherin. Dieser Kredit wurde Ihnen von der Kommissionssprecherin gut vorgestellt. Ich gebe Ihnen gerne noch die Gedanken der Mitte-Fraktion bekannt:

Wir sind erfreut über die neue Strategie. Der neue Standort erlaubt es, die Strukturen zu hinterfragen und zeitgemässe Tendenzen einzuführen. Ich denke da z. B. daran, ambulant vor stationär zu fördern und umzusetzen. Wir nehmen auch zur Kenntnis, dass durch den Neubau nicht eine Erhöhung der Bettenzahl stattfinden wird. Die Regierung braucht eine gute Abdeckung; die Gesundheitsversorgung muss und darf aber nicht zu Überversorgung führen. Das neue Spital zeigt auf, dass eine Intensivierung der Vernetzung besteht und wo nötig auch angestrebt wird.

Jetzt noch zum Geld: Der beantragte Betrag wurde ja bereits im Spitalfinanzierungsfonds gesprochen – aber halt im alten Bau. Deshalb jetzt der Kredit in dieser Form. Es ist nicht glücklich, dass das Geld anders gesprochen werden muss, wenn es doch eingestellt wäre; aber das sind halt Spielregeln. Deshalb wird die Mitte-Fraktion diesem Kredit einstimmig zustimmen.

Jetzt noch kurz zur Planungserklärung: Sie haben es von der Kommissionssprecherin gehört: Es ist beides möglich – annehmen oder ablehnen –, weil eigentlich klar ist, dass es so umgesetzt werden muss. Deshalb werden wir der Planungserklärung auch zustimmen können.

Kurt Wenger, Meikirch (SVP), Fraktionssprecher. Nachdem das Geschäft nach erfolgter Restrukturierung scheinbar kaum mehr infrage gestellt wird, muss ich hier nicht mehr lang Worte verlieren, zumal auch die GSoK diesem Beitrag von 78 Mio. Franken einstimmig zugestimmt hat.

Diese vorgenommene Restrukturierung war erfolgreich. Statt bisher 226 Betten werden neu nur noch 150 Betten angeboten. So können trotzdem jährlich 13'500 stationäre Patienten behandelt werden, und zwar Patienten zu 40 Prozent aus Biel, 18 Prozent aus dem Berner Seeland – entschuldigen Sie, aus dem Berner Jura –, und 5 Prozent aus dem Seeland. Und ausserdem hat die SZB AG ihre wichtige Absicht erklärt, mit einem neuen Projekt nicht mehr alle Dienstleistungen selber anbieten zu wollen, sondern in vielen Belangen auf Kooperation mit anderen Spitälern zu setzen. Das macht grossen Sinn. Im Weiteren ist es noch wichtig zu wissen, dass sich dieser Kredit über 78 Mio. Franken nicht ausschliesslich auf das Bruggmoos bezieht, sondern allenfalls auch im Bözingenfeld zur Anwendung kommen könnte. Im Hinblick auf den Finanzbedarf des SZB liest man in den Unterlagen, dass von den Totalkosten über 240 Mio. Franken die Investitionen, die für das bisherige Spital im Vogelsang nicht vollzogen werden – die sogenannte Investitionssumme über 40 Mio. Franken – gegengerechnet würden.

Hoffen wir, dass dieses Projekt jetzt auch noch die letzte Hürde erfolgreich nehmen kann. Die SVP-Fraktion empfiehlt einstimmig die Annahme dieses Restrukturierungskredits über 78 Mio. Franken. Wir stimmen auch dem Änderungsantrag Köpfli einstimmig zu, damit eben zwischen dem Kanton und dem Spitalzentrum ein Kostendach verankert wird. Ich bitte Sie alle, das ebenfalls zu tun.

Christoph Patrick Zimmerli, Bern (FDP), Fraktionssprecher. Eigentlich braucht es kein neues Spital. Ja, eigentlich braucht es nicht noch ein neues Spitalgebäude. Der Kanton Bern hat – wie wir das schon gehört haben heute Morgen – eine grosse Überversorgung. Bezieht man die angrenzenden Kantone Neuenburg und Solothurn mit ein, so ist die Spitaldichte in dieser Region ausserordentlich hoch. Aber eben, so denken wir im Moment leider noch nicht. Für uns gilt immer noch der Grundsatz «Jedes Tal braucht sein Spital». Nach dieser Logik, die auch der Versorgungsplanung entspricht, ist der Bedarf nach dem neuen Spital in Biel ausgewiesen, und es gibt auch gute Gründe, die dafürsprechen, dass ein neues Spital gebaut wird. Erstens ist es ein wichtiger Grundversorger in der Region. Zweitens ist es ein wichtiger Arbeitgeber in der Region mit immerhin 1400 Ar-

beitsplätzen. Es ist aus regionalpolitischen und sprachlichen Gründen klar, dass es ein eigenes Spital braucht.

Klar ist auch, dass der bestehende Standort nicht mehr weiterentwickelt werden kann, sondern dass der Standort Brugg sicher ein besserer Standort ist. Er ist auch verkehrstechnisch viel besser angebunden als der heutige. Zudem ist es auch sinnvoll, dass man einen Neubau realisiert, weil dieser auch Ausbaupotenzial für die Zukunft hat. Und schliesslich ist es auch gelungen, Absprachen für die Zusammenarbeit mit diversen anderen Leistungserbringern zu treffen, was sicher auch positiv ist. Es gibt aber trotzdem noch ein paar «Aber» bei dieser Geschichte.

«Aber» ist die Frage, wieso nicht andere Spitäler mitintegriert werden. Vielleicht ist auch das ein Thema, das ein bisschen zu weit greift. Aber wieso führt man das Spital Aarberg weiter, wieso hat man sich im Jura für diese Lösung entschieden, während man in Biel neu baut? Diese Frage ist zumindest erlaubt.

Ausserdem ist auch – und das ist ein wichtiger Punkt – der Finanzbedarf offen. Wir sprechen von etwa 200 Mio. Franken, das sehen Sie im Vortrag. Dort wird gesagt – wenn Sie es genau lesen –, dass noch keine Mehrwertsteuer, keine Teuerung und auch keine Reserven eingebaut sind. Und wer schon einmal mitgeholfen hat, ein Spital zu bauen, weiss, dass es kaum etwas so Kompliziertes und Aufwändiges zu bauen gibt wie ein solches Gebäude. Es ist fast so sicher wie das Amen in der Kirche, dass es zu Mehrkosten kommt über die laufenden Jahre, schon nur deshalb, weil die ganze Medizintechnik ständig erneuert wird und man diese Geräte zum heutigen Zeitpunkt noch gar nicht bestellen kann. Man weiss also noch gar nicht, wie viel das kostet.

Die Finanzierung ist so gemacht, wie man das eigentlich macht. Es soll eine Anleihe gezeichnet werden von 100 bis 150 Mio. Franken. Das ist realistisch. Im Moment bekommt man sehr günstig Geld. Ich habe neulich für 150 Mio. Franken 0,35 Prozent erreicht; das ist also möglich im Moment. Wie sich die Zinsen entwickeln werden, wissen wir im Moment alle nicht. Es ist unumgänglich, den Beitrag von 78 Mio. Franken durch den Kanton Bern zu finanzieren. Die Frage ist nur, ob das zusammen dann reicht. Es besteht eine erhebliche Wahrscheinlichkeit, muss ich sagen, dass die Kosten *deutlich* höher ausfallen werden, und dass dann – und das ist ein wichtiger Punkt – die Finanzierung nicht mehr sichergestellt ist.

Jetzt kommt der Antrag von Kollege Köpfli. Er verlangt nämlich den Kredit unter der Auflage, dass dieser Beitrag als festes Kostendach gesprochen wird. Und im Gegensatz zur SP ist es für die FDP nicht «totalelement inutile», sondern ziemlich sinnvoll und wichtig, dass man diesem Antrag zustimmt. Es ist nämlich die logische Konsequenz aus der Auslagerung der Spitäler in eine Aktiengesellschaft. Es kann nicht sein, dass wir aus dem laufenden Steuerhaushalt für einzelne Spitäler Geld nachschliessen müssen. Das wäre eine Wettbewerbsverzerrung im Vergleich zu anderen Häusern, die eben nicht darauf zurückgreifen können. Ich muss Ihnen aus Erfahrung sagen: Das Spital hier – wenn Sie sich die Zahlen anschauen – ist selber nicht in der Lage, das zu tragen. Es bräuchte nämlich eine Marge von mindestens 10 Prozent – und davon ist es leider aus verschiedenen Gründen – das ist keine Schuldzuweisung, sondern ein Fakt – weit entfernt. Deshalb stellen wir die finanzielle Tragbarkeit dieses ganzen Projekts ganz grundsätzlich infrage. Trotz dieser Einwände, dieser sehr gewichtigen Einwände, stimmt die FDP-Fraktion aus den anderen Gründen, die ich erwähnt habe, einstimmig zu. Sie stimmt auch dem Antrag Köpfli zu und wünscht bei der Projektumsetzung – der anspruchsvollen Projektumsetzung – sehr viel Glück und Zuversicht.

Philippe Messerli, Nidau (EVP), Fraktionssprecher. Ich bin Fraktionssprecher, möchte aber vorgängig meine persönlichen Interessenbindungen bekanntgeben: Ich kam kurz vor Weihnachten 1969 im SZB zur Welt. Sämtliche chirurgische Eingriffe kann ich bis jetzt in diesem Spital vornehmen lassen, und ich bin aufgrund einer chronischen Krankheit auch mindestens einmal im Monat zur Behandlung vor Ort.

Das SZB ist für die medizinische Grundversorgung des nördlichen Teils unseres Kantons, namentlich für grosse Teile des Berner Juras und des Seelands mit einem Einzugsgebiet von rund 250'000 Personen – oder 20 bis 25 Prozent der kantonalen Bevölkerung – von zentraler Bedeutung. Als Zentrumsspital erbringt das SZB ein umfassendes Leistungsangebot in der erweiterten Grundversorgung; namentlich in den wichtigsten medizinischen Spezialgebieten und in der Akutmedizin –

unter anderem mit einer Notfallstation und einer zertifizierten Intensivstation. Natürlich auch mit einem breiten ambulanten Angebot. Zu normalen Zeiten erbringt das SZB rund 7 Prozent aller stationären kantonalen Leistungen in der Akutsomatik. Während der Covid-19-Krise 2020 hat sich das SZB besonders stark engagiert und rund 22 Prozent aller hospitalisierten Covid-19-Fälle im Kanton Bern behandelt. Das zeigt, wie wichtig und wertvoll ein gut funktionierendes Zentrumsspital gerade in Krisenzeiten ist.

Das Spital in Biel hat eine mehr als 600-jährige Geschichte, und es ist ein wichtiger regionaler Arbeitgeber. Es ist also auch wirtschaftlich wichtig für die Region. Trotz einiger Turbulenzen mit vielen personellen Wechsels ist es heute gut aufgestellt und in einem stabilen finanziellen Zustand. Wir haben es bereits gehört: Das Spital ist auch innovativ unterwegs und arbeitet mit anderen Partnern erfolgreich zusammen. Stichwort «ambulant vor stationär». Die bestehende Infrastruktur am Standort erfüllt aber die Anforderungen an ein modernes Zentrums- und Akutspital nicht mehr. Das Spitalgelände erstreckt sich über eine relativ grosse Fläche und eine Vielzahl an Gebäuden. Das Spital ist also auch logistisch für eine effiziente und zukunftsgerichtete Führung alles andere als optimal aufgestellt. Der aktuelle Standort hat im Übrigen seinen Ursprung in den 1930er-Jahren, als eine isolierte Station für die Tuberkulosepatienten geschaffen wurde. Das Spital wurde dann Schritt für Schritt erweitert – deshalb auch die Zerstückelung. Nachteilig ist auch, dass der aktuelle Standort im Beaumont weit oben über der Stadt mitten in einem Wohnquartier liegt und nur über enge Bergstrassen zugänglich ist. Für eine gute, sichere und schnelle Erreichbarkeit ist das gerade bei Notfällen alles andere als optimal.

Eine umfassende Sanierung der bestehenden Spitalinfrastruktur wäre etwa gleich teuer wie ein Neubau. Allerdings ist ja eine Erweiterung am aktuellen Standort kaum mehr möglich. Aus Sicht der EVP-Fraktion macht es deshalb Sinn, den bereits vorgesehenen kantonalen Beitrag von 78 Mio. Franken statt für eine Gesamterneuerung für einen modernen und funktionellen Neubau einzusetzen bzw. umzuwidmen. Der vorgesehene neue Standort im Bruggmoos ist ideal. Er liegt in der Bauzone und ist über den Autobahnanschluss in unmittelbarer Nähe. Er ist aber auch mit dem öffentlichen Verkehr und für den Fuss- und Langsamverkehr sehr gut erreichbar. Der Neubau schafft die Basis für neue Strukturen und optimierte Prozesse, um das Spital wirtschaftlicher und effizienter betreiben zu können und damit den aktuellen und künftigen Bedürfnissen nach einer medizinischen Grundversorgung in der Region Berner Jura-Seeland gerecht werden zu können. Am alten Standort wäre das nicht in gleichem Masse möglich.

Nachdem im April 2021 die Stimmberechtigten der Standortgemeinde Brugg mit einem überwältigenden Mehr von 80 Prozent einem Planungskredit zustimmten, können wir heute im Grossen Rat mit einem klaren Ja zum kantonalen Beitrag einen weiteren wichtigen Schritt auf dem Weg zur Realisierung bzw. Finanzierung des Spitalneubaus machen. Die Bevölkerung des Seelands und des Berner Juras ist Ihnen für die Annahme dieses Kredits sehr dankbar. Eine Zustimmung ist gleichzeitig auch ein klares Bekenntnis zu einer starken und regional verankerten Grundversorgung ... (*Der Vizepräsident bittet den Redner, zum Schluss zu kommen. / Le vice-président demande à l'orateur de conclure.*) ... und das nicht nur in der Region Berner Jura-Seeland, sondern im ganzen Kanton. Die EVP-Fraktion stimmt dem vorliegenden Kredit einstimmig zu und stimmt auch einstimmig dieser Auflage Köpfli zu. Wir sind auch der Meinung, dass dieser Beitrag gedeckelt werden sollte ... (*Der Vizepräsident schaltet das Mikrofon aus. / Le vice-président coupe le micro.*)

Vizepräsident. Sorry, irgendwann ist fertig! (*Heiterkeit / Hilarité*)

Moussia von Wattenwyl, Tramelan (Les Verts), porte-parole de groupe. Je serai brève. Les Verts soutiennent à l'unanimité ce crédit. Les éléments principaux, éléments clés, ont déjà été évoqués. Je reviendrai uniquement sur quelques aspects : le montant évoqué est prédestiné, depuis la votation de 2011 du Grand Conseil, à l'Hôpital de Bienne. L'emplacement actuel de l'hôpital, les difficultés d'accès ; l'état actuel et le développement à long terme ; le paysage hospitalier en mutation dont nous venons de parler longuement ce matin, avec son virage ambulatoire ainsi que l'acceptation par la commune de Brugg du projet – tout nous montre que ce nouveau Centre hospitalier est digne d'être soutenu.

La seule petite réserve que je me permettrai de faire ici est l'emprise au sol qu'aura cette nouvelle structure dans sa globalité. J'espère qu'un soin particulier sera réservé aux surfaces vertes et à la mobilité douce.

Concernant l'amendement Köpfli : nous pensons qu'il n'est pas nécessaire d'ajouter une telle condition sous forme de contrat, même si le processus actuel est bel et bien un exercice unique. Une majorité des Verts refusera donc l'amendement.

Peter Gerber, Schüpfen (Die Mitte), Einzelsprecher. Meine zwei Söhne kamen im Beaumont zur Welt. Ich kenne also die Fahrt dort auf den Berg... Dank dem Anstoss von Regierungsrat Schnegg haben wir jetzt das Neubauprojekt im Tal auf dem Tisch. Mit dem Verwaltungsratspräsidenten Thomas von Burg und dem Direktor Christian Schneider war ich regelmässig in Kontakt. Ich gratuliere heute dem Verwaltungsrat für den Mut, ein solches Projekt anzupacken. Heute Vormittag haben wir gesehen, dass das Projekt auch mit dem Bericht der Spitallandschaft übereinstimmt.

Als Seeländer ist es mir aber auch wichtig, was mit dem Spital Aarberg passiert. Ich habe dort von 2000 bis 2007 gearbeitet. Ich habe Daniel Hofer, dem Vize-Verwaltungsratspräsidenten der Inselgruppe geschrieben. Er sagt – ich zitiere: «Das Spital Aarberg bleibt bestehen und bleibt bei der Inselgruppe.»

Die Chance auf ein neues Spital in Brugg mit optimierten Prozessen sollen wir nutzen und so die Chance für ein effizientes Arbeiten ermöglichen, auch um die angestrebte Rendite von rund 10 Prozent erreichen zu können. Machen wir uns nichts vor: 78 Mio. Franken werden verbaut – entweder auf dem Hügel mit alter Infrastruktur oder im Tal mit neuen Chancen.

Ich habe aber weitere Erwartungen an den Verwaltungsrat; etwa, dass die Versorgungsregion Nord mit den lokalen Versorgern – Hausärzten, Spitex und Heimen – eng zusammenarbeitet und die bestehenden Netzwerke festigt und ausbaut.

Christoph Grupp, Biel/Bienne (Grüne), Einzelsprecher. Ich möchte gerne noch das Augenmerk auf Aspekte legen, die bis jetzt eigentlich nicht diskutiert wurden; insbesondere auch aus grüner Sicht. Das neue Spital wird ja in Brugg angesiedelt sein, direkt neben der Aare in einer Zone, die heute noch grün ist. Aber wir haben es gehört: Es ist eine Bauzone. Es schleckt allerdings keine Geiss weg, dass auf der grünen Wiese gebaut wird – respektive auf dem braunen Acker. Ist das ein Grund, aus grüner Sicht Vorbehalte anzubringen?

Ich glaube nicht. Schauen wir uns den aktuellen Standort im Beaumont an: Dieser ist landschaftsschützerisch und für die Anwohnerinnen auch nicht ganz ohne. Wir haben das schon gehört; es ist schwierig, das ist ein Wohngebiet. Das führt zu einem massiven Verkehrsaufkommen. Wir werden froh sein in Biel, wenn dieses dann reduziert wird, sobald das Spital nicht mehr in diesem Beaumont ist.

Es ist aber auch so, dass es immer noch Baulandreserven gibt, auch im Beaumont, die Grünflächen tangieren, und zwar wertvolle Grünflächen. Es handelt sich um Waldränder, um Heckenlandschaften und um Trockenwiesen. Diesbezüglich bin ich wirklich sehr froh... – ich habe schon vor vielen, vielen Jahren im Bieler Stadtparlament einen Vorstoss gemacht, damit wir diese erhalten können und sie eben nicht für das Spital überbaut werden. Umso mehr bin ich jetzt froh, dass diese Gefahr eigentlich gebannt ist. Das Gleiche gilt für die Zufahrt im Beaumont: Würde man das zukunftsichernd gestalten wollen, würde das wahrscheinlich bedeuten, dass man es durch den Wald erschliessen müsste. Das heisst, dass Waldflächen gerodet würden. Es würde einen Anschluss an die Autostrasse T6 im Taubenloch geben; auch das wäre alles andere als landschaftsschonend und gar kein grünes Projekt. Deshalb finde ich die Standortwahl im Bruggmoos gerade aus landschaftsschützerischer und grüner Sicht sehr sinnvoll und lege Ihnen deshalb auch sehr ans Herz, dem zuzustimmen.

Vizepräsident. Es hat keine Einzelsprecher mehr. Dann hat Regierungsrat Schnegg das Wort.

Pierre Alain Schnegg, directeur de la DSSI. Je serai bref et ne répéterai pas tous les arguments qui parlent en faveur de ce crédit de 78 millions de francs. Il s'agit tout simplement du solde du cré-

dit qui avait été donné via le fonds hospitalier. Et tout parle en faveur de ce déplacement dans la plaine. Merci de bien vouloir soutenir ce crédit, et pour la déclaration de planification : pour moi, il est absolument clair qu'il s'agit d'un crédit de 78 millions de francs. Il n'y aura pas 1 franc de plus à ce crédit. Vous pouvez donc soutenir cette déclaration de planification, merci.

Vizepräsident. Dann stimmen wir ab. Wir stimmen zuerst über den Antrag Köpfli ab. Wer dem Antrag Köpfli zustimmt, stimmt Ja, wer ihn ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung / Vote

2018.GEF.1607

Antrag Köpfli
Proposition Köpfli

Annahme / Adoption

Ja / Oui	102
Nein / Non	43
Enthalten / Abstentions	2

Vizepräsident. Dann stimmen wir noch über das Geschäft an sich – den Objektkredit – ab. Wer diesem Kredit zustimmt, stimmt Ja, wer ihn ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung / Vote

2018.GEF.1607

Annahme / Adoption

Ja / Oui	148
Nein / Non	0
Enthalten / Abstentions	0

Vizepräsident. Das ist fast ein Rekord! Sie haben diesem Kredit einstimmig zugestimmt.